

## POLITIK

DEUTSCHLAND **AUSLAND** BUNDESTAGSWAHL 2017**AUSLAND** CHRISTLICHE MINDERHEITEN

# Das Kreuz in den Ländern des Halbmondes

Veröffentlicht am 03.12.2009 | Lesedauer: 7 Minuten



Christliche Minderheiten in islamischen Staaten müssen nicht unbedingt auf ihre Gotteshäuser verzichten

Quelle: picture-alliance / Alan Keohane/imagestate/Impact Photos

Das Schweizer Votum hat europaweit Empörung ausgelöst. Viel wird diskutiert über Sinn und Zweck eines Minarettverbots, aber auch die Symbolik dahinter. Aber wie halten es die Muslime mit christlichen Minderheiten in ihren Ländern? WELT ONLINE dokumentiert die Situation in sechs islamischen Staaten.

Seit Jahrhunderten lebten und leben Christen und Muslime im Orient zusammen, oft zum gegenseitigen Nutzen: Armenier in der Türkei, Maroniten im Libanon, Kopten in Ägypten, Chaldäer im Irak und Syrien sowie Orthodoxe im ganzen Nahen Osten. Doch Islamisierung und Nahostkonflikt, Vertreibung und Drangsalierung haben die Zahl der Christen dezimiert: Rund zehn Millionen leben heute noch in Ländern mit islamischer Bevölkerungsmehrheit. Nirgendwo ist ihnen freie Religionsausübung, Kirchenbau oder

unbeschränkte Gemeindearbeit gestattet. WELT ONLINE schildert die Situation der Christen in sechs islamischen Staaten.

## Marokko

Im westlichsten Land der arabisch-islamischen Welt sind nur 1,1 Prozent der Bevölkerung Christen, doch mit den Kirchen gibt es im Reich von König Mohammed VI. keine Probleme. Es werden allerdings auch keine neuen mehr gebaut, da die christliche Bevölkerung sich immer weiter verringert. In Tanger lebten vor 60 Jahren 113.000 Katholiken, heute sind es noch 2000. In der Hauptstadt Rabat waren es 400.000, heute sind es noch 20000. In Tanger gibt es zwölf katholische Kirchen und Klöster, neben evangelischen und anglikanischen Kirchen. Benutzt werden nur drei.

Erst mit der Ankunft der Immigranten aus Schwarzafrika erlebte das Christentum in Marokko eine kleine Renaissance: 80 Prozent der Mitglieder in den christlichen Gemeinden sind heute Afrikaner, nur 20 Prozent Europäer. Noch vor zehn Jahren war es umgekehrt. Der Vater des jetzigen Königs, Hassan II., hatte die katholische Kirche 1983 in einem Brief an den damaligen Papst Johannes Paul II. offiziell anerkannt. 1985 kam Johannes Paul II. ins Stadion von Casablanca und sprach vor 80.000 Menschen.

Das Läuten der Kirchenglocken ist seit 1960 offiziell verboten. Es wird als Werbung für den christlichen Glauben angesehen, was untersagt ist. Dieses Verbot ist religiös begründbar, steht jedoch zur Verfassung im Widerspruch: „Der Staat garantiert die freie Religionsausübung für Jedermann.“

Generell können Christen ohne Beschränkungen ihren Glauben ausüben. Probleme gibt es nur bei Missionierung und Konversion vom Islam zum Christentum. Im März dieses Jahres wurden fünf Missionare, vier Spanier und eine Deutsche, ausgewiesen.

Sie hatten geheime Messen und Bibelstunden abgehalten. Laut Jean-Luc Blanc, Pastor der evangelischen Gemeinde in Casablanca, hat die Missionierung nach dem 11. September 2001 und mit dem Beginn des Irak-Kriegs zugenommen: „Es sind sehr viele amerikanische Missionare gekommen, um Muslime zum Christentum zu bekehren.“ In Tanger wurde lange die Höhe des Kirchturmes der spanischen Kathedrale beklagt. Als der Neubau einer Moschee

unter König Mohammed V., dem Großvater des jetzigen Königs, anstand, musste das Minarett natürlich einige Meter höher sein.

## Ägypten

Kommentatoren und Leitartikler am Nil sind sich einig: Das Schweizer Votum vertieft das Gefühl der Muslime, im Westen diskriminiert zu werden. Kein Wort allerdings wird darüber verloren, wie das 77-Millionen-Volk selbst mit seiner christlichen Minderheit umgeht, die etwa zehn Prozent der Bevölkerung ausmacht. Das koptische Weihnachtsfest Anfang Januar konnte nur unter hohen Sicherheitsvorkehrungen gefeiert werden. Polizei und Armee bewachten die Kirchen. Man befürchtete „unfreundliche“ Aktionen fundamentalistischer Muslime.

„Die Spannungen zwischen Muslimen und Kopten in Ägypten haben dramatisch zugenommen“, sagt der Direktor der Ägyptischen Initiative für Menschenrechte, Hossam Bahgat. „Bis vor einem Jahr noch verzeichneten wir lediglich lokale Zwischenfälle in Oberägypten, Alexandria und Teilen von Kairo“, so Bahgat. „Heute sprechen wir von einem nationalen Phänomen.“

Immerhin wurde die Entscheidung darüber, ob eine Kirche renoviert, erweitert oder neu gebaut wird, vor vier Jahren in die Hände der Gouverneure übergeben. Inzwischen gibt es allein in Kairo fünf Kirchenneubauten. „Alle diese koptischen Unternehmungen sind aber, mangels einklagbarer eigener Rechte, mehr oder weniger direkt von der Gunst von Staatspräsident Husni Mubarak abhängig“, sagt der theologische Referent der deutschen katholischen Markusgemeinde in Kairo, Frank van der Velden.

Aber was wird, wenn der inzwischen 81-jährige Präsident abtritt? Bisher beschränkt sich der Streit zwischen Muslimen und Christen in den Gemeinden vor allem darauf, ob die Kirchenglocken lauter sein dürfen als der Ruf des Muezzins aus dem Lautsprecher des Minaretts. Die Auseinandersetzung soll möglichst auf dieser Ebene bleiben.

## Türkei

Es gibt nur wenige Christen in der Türkei nach der Vertreibung der christlichen Bevölkerungen der Griechen und Armenier. Selten wollen die etablierten Kirchen neue

Gotteshäuser bauen. Das dringendste Problem ist der Erhalt der vorhandenen sowie die Rückgabe Tausender Kirchen, die sich der türkische Staat durch Enteignung einverleibt hat. Grundsätzlich gilt für alle Religionsgemeinschaften in der Türkei, dass sie keine eigenständige Rechtsperson darstellen und somit nicht selbst Eigentum erwerben können, also auch keine Kirchen bauen können. Oder Moscheen – denn dies gilt genauso für islamische Gemeinden.

Letztere sind über die staatliche Religionsbehörde organisiert, alle Imame sind Staatsangestellte, die Moscheen baut und unterhält der Staat. Christliche Gemeinden müssen andere Wege suchen. In der Regel gründen sie eine Stiftung oder einen Verein. Ein Beispiel ist die relativ neue deutsche katholische Kirche in Antalya. Da als Betreiber ein Verein auftritt, konnte das Gotteshaus, eine einfache Mietwohnung, nicht „Kirche“ genannt werden.

Es sind vor allem evangelikale Gruppen (Freikirchen), die für ihre rund 4000 Konvertiten in der Türkei neue Gotteshäuser brauchen. Auch sie etablieren sich vor allem als Vereine. Das Stiftungsrecht wurde vor einiger Zeit reformiert und enthält nun einige Erleichterungen. Stiftungen dürfen jetzt Geld aus dem Ausland annehmen.

Kirchenbau ist in der Türkei im Grunde Staatsmonopol, meist auf Restaurationsprojekte beschränkt und die Kirchen werden dann zu Museen erklärt – wie die alte armenische Kirche auf der Insel Aghtamar, die 2006 instand gesetzt wurde, aber kein Gotteshaus sein und kein Kreuz tragen darf.

## **Saudi-Arabien**

Obwohl in Saudi-Arabien mindestens eine Million christliche Gastarbeiter leben, gibt es in dem Land nicht eine einzige Kirche. Einige wenige wohlhabende Christen fliegen manchmal in die benachbarten Emirate, um die hohen Feste zu feiern. Im Scheichtum Katar wurde 2008 eine Kirche eingeweiht – wenn auch ohne Kirchturm, ohne Kreuz und ohne Glocken. Der Koran und die Überlieferung zum Wirken des Propheten Mohammed sind die Verfassung Saudi-Arabiens, das Scharia-Gesetz ist Grundlage aller Rechtsprechung. Christen erhalten vor Zivilgerichten nur 50 Prozent der Entschädigungssumme, die einem Muslim im selben Fall zustehen würde.

Das Land ist so intolerant in Sachen Religion, dass sogar Muslime, die nicht dem fundamentalistischen Wahhabismus angehören, Diskriminierungen ausgesetzt sind. So sind bei der Pilgerfahrt in die Heilige Stadt Mekka schiitische Muslime von Sicherheitskräften als „Ungläubige“ bezeichnet worden.

Es ist in Saudi-Arabien offiziell verboten, eine andere Religion als den Islam öffentlich zu praktizieren. Auf den Übertritt vom Islam zum Christentum steht die Todesstrafe, Bibeln sind verboten.

## **Iran**

Von den 66 Millionen Einwohnern des Iran sind ungefähr 300.000 Christen. Obwohl der schiitische Islam Staatsreligion ist, werden in der Verfassung einige religiöse Gruppen – darunter auch die Christen – anerkannt. So gibt es immerhin 600 Kirchen im Iran. 90 Prozent der iranischen Christen gehören zur armenisch-apostolischen Kirche, daneben gibt es noch einige Tausend assyrische und chaldäische Christen. Sie sind in einigen Bereichen benachteiligt, haben sich aber mit dem Status Quo abgefunden und können weitgehend ungestört von der Obrigkeit ihren Glauben praktizieren.

Neben diesen drei traditionellen Strömungen gibt es im Iran aber auch noch 10.000 bis 15.000 Anhänger protestantischer Strömungen, gegen die das Regime seit einigen Jahren verstärkt vorgeht. Sie haben mit Festnahmen, Einschüchterungen und Kirchenschließungen zu kämpfen. 1994 verschwanden zwei evangelische Pfarrer – beide wurden ermordet aufgefunden.

Das Regime reagiert rigoros, weil die protestantischen Kirchen einen moderaten aber merklichen Zulauf von Konvertiten haben. Dabei herrscht im Iran ein Missionsverbot. Bisher fand sich der Straftatbestand der Apostasie, also der Beleidigung des Islams durch einen Übertritt zu einer anderen Religion, nicht im Gesetz. Dennoch gab es immer wieder Verfahren. Am 9. September hat nun das iranische Parlament für die Einführung der Todesstrafe für Menschen gestimmt, die sich vom Islam abgewendet haben. Der Entwurf könnte noch in diesem Jahr Gesetz werden.

## **Indonesien**

In Indonesien, dem bevölkerungsreichsten muslimischen Land der Erde, leben rund 19 Millionen Protestanten und acht Millionen Katholiken. Die Verfassung des südostasiatischen Inselstaates garantiert religiöse Freiheit, allerdings ist der Bau von Kirchen streng reguliert: Voraussetzungen für den Bau einer Glaubensstätte sind seit 2006 die Unterschriften von 90 Erwachsenen sowie die Zustimmung von mindestens 60 Personen anderen Glaubens aus der Nachbarschaft. Das örtliche „Forum für religiöse Harmonie“ muss dem Antrag ebenfalls seinen Segen geben.

Viele Gemeinden sind zu klein, um die Unterschriften zusammenzubekommen. Sie werden zudem von Extremistengruppen eingeschüchtert. Pater Adolf Heuken, Autor und Betreiber eines katholischen Verlags, lebt seit 45 Jahren in Indonesien. Er hält die Gesetzeslage für „nicht so schlecht“. Das Problem: „Mit den Gesetzen kommt man nicht weit, wenn ein aufgehetzter Mob auf die Barrikaden geht.“

***Aufgezeichnet von Dietrich Alexander, Michael Borgstede, Alfred Hackensberger, Boris Kalnoky, Sophie Mühlmann, Birgit Svensson***

Ein Angebot von WELT und N24.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/103415354>